



Foto: Sabine Müller

Integriertes Klimaschutzkonzept

Köln macht Ernst beim Klimaschutz

Der Kölner Rat bringt noch in dieser Wahlperiode das Integrierte Klimaschutzkonzept für die Stadt Köln auf den Weg. Damit wird ein ganzes Bündel von Einzelmaßnahmen angestoßen, mit denen Köln seine ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen kann. Die Senkung des Energieverbrauchs von Gebäuden oder der Wandel zu einer Fahrrad- und Fußgänger-freundlichen Stadt sind Grüne Politik im besten Sinne.

Dr. Matthias Welpmann, umweltpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, erläutert die Schwerpunkte.

Ziele

Die Stadt Köln hat sich beim Klimaschutz zu ehrgeizigen Zielen bekannt: So soll der Treibhausgasausstoß alle fünf Jahre um 10 % sinken und bis 2030 halbiert werden. Langfristig sollen die CO²-Emissionen pro Kopf auf 2,5 Tonnen im Jahr sinken. Heute liegen wir in Köln noch bei 11 Tonnen. Das nun von der Verwaltung vorgelegte Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) verfolgt einen umfassenden Ansatz und besteht aus drei Hauptelementen: Klimaschutzkonzept Energie, Klimaschutzkonzept Verkehr, Klimaschutz-Bildungskonzept.

Energie

Der Energiebereich hat für den Klima-

schutz eine herausragende Bedeutung, weil hier mit rund 7,5 t CO²-Ausstoß pro Kopf und Jahr am meisten Treibhausgase produziert werden und hier somit auch die absolut größten Einsparpotenziale liegen. Zu den wichtigsten Maßnahmen des IKSK gehören das bereits in „Rathaus Ratlos“ Nr. 230 vorgestellte Zentrum für Energieeffizienz, ein kommunales Förderprogramm für die private Altbausanierung und der forcierte Ausbau der Fern- und Nahwärmeversorgung.

Verkehr

Sehr viele kommunale Einflussmöglichkeiten gibt es auch im Verkehrsbereich, der allein 3,6 t CO² pro Jahr zu unserem Klima-Fußabdruck beiträgt: Hier sind Maßnahmen wie eine Image- und Informationskampagne für das Zufußgehen und für die Fahrradnutzung auf Kurzstrecken, der Ausbau von Fahrradabstellanlagen und der klimafreundliche Umbau der Busflotte vorgesehen. Auch weitere autofreie Siedlungen sind geplant.

Bildung

Das Klimaschutz-Bildungskonzept zielt auf langfristige Verhaltensänderungen ab, die über verschiedene Identifikationsfelder transportiert werden sollen. So soll Köln in seinen verschiedenen

Facetten als Klimaschutzstadt, als Lebensraum, als Bildungsstadt oder als Tourismusstadt über Klimaschutz aufklären und über konkrete Beratungsangebote für Privatleute, Unternehmen oder Schulen aktiv klimafreundliches Verhalten fördern.

Lohnenswert für alle

Alle Einzelmaßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts sind grundsätzlich sinnvoll und tragen in unterschiedlichem Maße kurz-, mittel- oder langfristig zu einem Rückgang der Treibhausgasemissionen in Köln bei. Politisch kommt es nun darauf an, dass der Rat die einzelnen Maßnahmen so bald wie möglich konkret beschließt und die dafür jeweils nötigen Haushaltsmittel bereitstellt.

Der Grundsatzbeschluss des Rates zum IKSK ist auch deshalb erforderlich, weil dies die Voraussetzung für die Einwerbung von EU-Fördermitteln für Klimaschutz-Projekte ist. Außerdem sparen viele Maßnahmen durch verringerte Energiekosten unter dem Strich sogar Geld, sowohl für den Stadthaushalt als auch für Privathaushalte und Unternehmen, die sich an den Aktivitäten beteiligen. Klimaschutz lohnt sich also - für alle.

Akzeptieren!

Die Positionierung der grünen Ratsfraktion zum Erhalt der „Darkrooms“ als Teil der lebendigen schwulen Szene ist auf positive Resonanz gestoßen. „Kölner Grüne verteidigen Darkrooms“ titeln die Szenemagazine. Seit längerer Zeit ringen LSBT-Initiativen, Gastwirte und Stadträte mit der Stadtverwaltung darum, was eigentlich eine Vergnügungsstätte ausmacht.

Die schwule Szene Kölns darf nicht über das Baurecht Schaden nehmen. Schwule Kneipen und Saunen gehören zum Stadtleben Kölns und tragen zum positiven Profil einer toleranten und vielfältigen Stadt bei. Beim Baurecht droht schwulen Gastbetrieben mit Darkroom oder Einlasskontrollen immer noch eine Einstufung als Vergnügungsstätte. Aber Einlasskontrollen oder Darkrooms sind kein Indiz für Vergnügungsstätten. Vielmehr haben sie sich als Teil schwuler Kultur entwickelt. In noch nicht so fernen Zeiten waren diese Lokale und ihre Besucher Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.



Foto: Karsten Kneischner

Unter der grünen Kämmerin sind im städtischen Finanzbereich bereits sinnvolle Regelungen getroffen worden. So zahlen die Betriebe, die marktübliche Getränkepreise verlangen oder bei denen der Mindestverzehr den Gegenwert einer gastronomischen Leistung hat, keine Vergnügungssteuer. Der Eintrittspreis schwuler Saunen entspricht dem Gegenwert des Saunierens und ist mit den Preisen anderer Saunen vergleichbar. Diese Betriebe sind somit vom Preis-Leistungsverhältnis nicht mit Vergnügungssteuerpflichtigen Betrieben wie „Swinger-Clubs“ oder ähnlichen Etablissements vergleichbar. Auch findet dort keine Prostitution statt.

Die schwule Szene ist genauso bunt und vielfältig wie die Mehrheitsgesellschaft. „Darkrooms“ gehören für einen Teil der schwulen Männer zu ihrer Kultur. Ähnlich wie bei der Handhabung der Vergnügungssteuer soll die Verwaltung nun auch ihre Handhabung des Baurechts diesen gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen.

Andreas Wolter

GAG Immobilien AG

Die Rolle der GAG stärken

Im Vergleich zu anderen Städten ist die Stadt Köln in der glücklichen Lage, Mehrheitseigentümerin einer Wohnungsgesellschaft zu sein. Die GAG Immobilien AG, an deren Grundkapital die Stadt Köln mit 88,21 % beteiligt ist, stellt mit ihren über 40.000 Wohnungen eine strategische Größe im Kölner Wohnungsmarkt dar.

Vor gut zehn Jahren haben die GRÜNEN erfolgreich gegen eine CDU/FDP-Koalition im Kölner Rat verhindert, dass die GAG an die „Heuschrecke“ Terra Capital Partners für 420 Mio. Euro verschertelt wurde. Dies hätte den Ausstieg aus der Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung bedeutet.

Heutzutage ist Köln eine wachsende Stadt und der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen groß.

Daher ist es richtig, Wege zu finden, wie die GAG stärker als bislang solche Wohnungen schaffen kann.

Die GAG AG ist eine börsennotierte Gesellschaft. Dies ist unbestreitbar keine ideale Gesellschaftsform für ein kommunales Wohnungsunterneh-

Durch eine Gesetzesänderung bei der Grunderwerbssteuer sind absehbar hohe Steuerzahlungen zu Lasten der Stadt fällig, wenn die Gesellschaftsstruktur der GAG AG so bleibt, wie sie ist.

Alles gute Gründe, eine Börsennotierung der GAG AG zu beenden – im Fachjargon „Delisting“ genannt. Ein von SPD und GRÜNEN am 11. Februar initiiertes Ratsbeschluss veranlasst nun diesen Weg zu prüfen, um die zentrale Rolle der GAG bei der Schaffung von Wohnraum zu stärken.

Die öffentliche Ankündigung in der Lokalpresse durch SPD-Fraktionschef Martin Börschel vom 17.1. hat rasch zu Reaktionen an der Börse geführt. Der Aktienkurs steigt. Minderheitsaktionäre erwarten infolge eines „Delistings“ attraktive Abfindungszahlungen. Eine öffentliche Debatte beflügelt Börsenspekulationen. Nach geltender Rechtsprechung ist ein Ratsbeschluss für ein solches „Delisting“ nicht zwingend notwendig. Umso mehr sehen die GRÜNEN ihre Aufgabe darin, im weiteren Prozess unnötige Belastungen für GAG und Stadt zu vermeiden. Der Rat hat durch seine jüngsten Be-



Foto: Igmätz Igel

men. Das Ziel der Gewinnmaximierung, worauf die Minderheitsaktionäre drängen, steht im Zielkonflikt mit der Schaffung von preiswertem Wohnungsbau. Aufgrund der rechtlichen Auflagen für eine börsennotierte Gesellschaft sind sehr aufwändige Berichts- und Bilanzierungspflichten zu erfüllen, die im Durchschnitt jährlich gut 1 Mio. Euro kosten.

schlüsse der Verwaltung wirkungsvolle Instrumente zur Förderung bezahlbaren Wohnungsbaus in die Hand gegeben. Dazu gehört die Verpflichtung, 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau zu schaffen. Private Investoren werden zukünftig verstärkt die GAG als Partnerin gewinnen wollen, um diese Verpflichtung bei Neubauvorhaben besser erfüllen zu können.

bm/jf

Zahl der Flüchtlinge wächst

Große Anstrengungen für menschenwürdige Unterbringung

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland macht sich auch in Köln deutlich bemerkbar. Die Verwaltung steht vor dem wachsenden Problem, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Seit 2009 sind die Unterbringungszahlen von damals 1.500 kontinuierlich angestiegen. Allein im Januar 2014 kamen 300 weitere Menschen nach Köln. Derzeit hat die Stadt 3.300 Flüchtlinge untergebracht.

Leitlinien

Die GRÜNE Ratsfraktion unterstützt die Bemühungen der Verwaltung, den Flüchtlingen trotz der angespannten Lage menschenwürdige Unterkünfte zu bieten und qualifiziert zu betreuen. Die vom Stadtrat 2004 beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen müssen weiterhin Richtschnur des Handelns sein. Begleitend muss das Auszugsmanagement der Stadt, das Flüchtlinge in normale Wohnungen vermittelt, verstärkt werden.

Eine enge Kooperation der Verwaltung mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen halten die GRÜNEN für notwendig, um ein transparentes und mit einander verzahntes Handeln aller Akteure zu fördern.

Neue Baubeschlüsse

Nach Berechnungen der Verwaltung müssen bis Ende 2015 Unterbringungsplätze für 2.024 Menschen geschaffen werden. Bis 2015 werden Wohnhäuser in Godorf, Weiden und Weidenpesch errichtet. Der Rat hat dafür die Baubeschlüsse getroffen. Für ein weiteres Wohnhaus Sürth liegt der Planungsbeschluss vor. Über einen weiteren Standort wird derzeit beraten. Alle Neubauten sollen mit 63 bis 70 Personen belegt werden, so dass 315 Menschen gesichert untergebracht werden können.

Als neue Flüchtlingsunterkunft ist das ehemalige und nun leer stehende Versorgungsamt in Riehl an der Schanz hinzugekommen. Das Gebäude wird vom Eigentümer, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, als Notunterkunft zur Verfügung gestellt. Hier können nun vorübergehend „als Maßnahme der akuten Gefahrenabwehr“ bis zu 100 Flüchtlinge untergebracht werden. Dafür müssen die Räumlichkeiten allerdings noch hergerichtet werden.

Weiterer Bedarf

Nicht gedeckt ist damit der Bedarf für 1.309 Flüchtlinge. Dafür müssten nach

den Leitlinien der Stadt Köln 19 weitere Wohnheimneubauten geschaffen werden. Sofern die derzeit belegten Hotelkapazitäten abgebaut werden sollen, wären zusätzlich weitere 11 Wohnheimneubauten notwendig.

An weiteren zehn Standorten sollen Wohncontainer für insgesamt 630 Flüchtlinge errichtet werden. Das ist in Planung. Zudem wird nach weiteren Bestandsimmobilien und Grundstücken für Wohncontainer gesucht, um über 400 Menschen beherbergen zu können. Auch weitere Hotels, die Platz für 270 Personen bieten, werden akquiriert. Auf diese Weise sollen insgesamt 1.309 Menschen bis Ende 2015 mit Wohnraum versorgt werden.

Die grüne Ratsfraktion gibt grundsätzlich der Unterbringung in festen Wohnhäusern gegenüber der in Wohncontainern den Vorzug. Jedoch sind aufgrund des dringenden Bedarfs temporäre Container-Standorte als vorübergehende Lösung nicht zu vermeiden. Sie sollten aber für nicht mehr als 80 Menschen ausgerichtet sein und über abgeschlossene Sanitär- und Küchenbereiche verfügen.

Weitere Flüchtlingswohnhäuser oder Container sollen zudem gerecht und sozialverträglich über alle Stadtteile verteilt errichtet werden, um die soziale Stabilität und Integrationsfähigkeit nicht zu gefährden. In Stadtteilen, die bereits über Flüchtlingsunterkünfte verfügen, sollen keine weiteren errichtet werden. Die Bevölkerung in den Stadtvierteln soll frühzeitig informiert und eingebunden werden, wenn dort Flüchtlingsunterkünfte geplant sind.



Fotos Regina Kobold

Integrieren

Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen sind auch in Köln die Belastungen für den städtischen Haushalt enorm gestiegen. Daher ist es notwendig, dass der Stadtrat eine angemessene finanzielle Unterstützung durch Bund und Land zur Refinanzierung der Unterbringungs- und Betreuungskosten einfordert. Auch zusätzliche Mittel zur Sprachförderung sind wichtig.

Unterstützung

Nicht zuletzt ist es unerlässlich, dass alle Flüchtlinge, die neu in Köln ankommen – auch die sogenannten unerlaubt Eingereisten – auf die Verteilungsquote des Landes NRW angerechnet werden. Eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse, die bislang nur einen Bruchteil der Kosten decken, wird immer dringlicher.

Marion Heuser



Rat im Rückblick

von Ratsreporter Ignatz Igel

Die erste Ratssitzung des neuen Jahres am 11. Februar bot einige spannende Debatten, die aber mitunter in niveauloses Wahlkampfgetöse ausarteten. Darin gefielen sich vor allem die Kleinparteien FDP, Linke und Rechtsextremisten. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick.

GAG stärken

Der rot-grüne Antrag „GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen“ fand gegen CDU und FDP eine Mehrheit. 2003 waren die GRÜNEN maßgeblich daran beteiligt, die GAG vor dem Verkauf an eine „Heuschrecke“ zu retten. CDU und FDP wollten dies damals durchsetzen. Es ist heute umso mehr ein Glück für Köln, dass die Stadt 88,21 % Anteile an dieser wirtschaftlich gut aufgestellten Wohnungsgesellschaft hält. Mit 40.000 Wohnungen ist die GAG eine strategische Größe im Kölner Wohnungsmarkt. Es zeigte sich nun erneut, dass CDU und FDP an der GAG als wichtigem Akteur zur Schaffung von bezahlbaren Wohnungen kein wirkliches Interesse haben. Die GAG ist allerdings börsennotiert und so der Gewinnmaximierung verpflichtet. Das wollen die GRÜNEN ändern. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Weg zu finden, die GAG von der Börse zu nehmen, so dass sie mehr bezahlbaren Wohnraum als bislang schaffen kann.

Menschenwürdig unterbringen

Die von CDU, Linke und pk-Extremisten eingebrachten Ratsanträge wurden nach hitziger Debatte durch einen rot-grünen Änderungsantrag ersetzt, dem sich auch die Linke anschloss. Demnach fordert der Rat zusätzliche Mittel von Bund und Land und bekräftigt die Leitlinien von 2004, die damals auch von der CDU unterstützt wurden, als grundsätzliche Handlungsleitlinie. Die beteiligten Träger und sozialen Dienste vor Ort sollen gestärkt werden. Die GRÜNE Ratsfraktion dankt ausdrücklich den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Köln und der Sozialdezernentin Henriette Reker mit ihren Mitarbeitenden für ihr außerordentliches Engagement.

Pipi-Kram

Die FDP hatte mal wieder nichts Wichtiges zu tun, als den Rat mit ihrem veralteten Antrag zum vorweihnachtlichen Pinkeln in der Komödienstraße zu behelligen. Da die liberalen Pipi-Spezialis-

ten androhten, dies nun in jeder Ratssitzung wegen Karneval, CSD, Marathon usw. zu tun, machte Rot-Grün diesem unwürdigen Gezeter ein jähes Ende, in dem sie der zaudernden Verwaltung per Ratsbeschluss einen klaren Handlungsauftrag mit dem auf den Weg gaben. CDU und FDP waren daraufhin beleidigt und dagegen.

Windenergie nutzen

Mit den Stimmen des Oberbürgermeisters, der SPD und den GRÜNEN wurde die Verwaltung beauftragt „zu prüfen, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann.“

Die 2005 von der CDU/SPD-Koalition beschlossene Konzentrationszone für Windenergieanlagen in Horbell ist wegen ungünstiger Windverhältnisse ungeeignet und hat nur den Zweck WEA-Investoren abzuwehren. Die aktuelle Studie des NRW-Umweltministeriums weist hingegen Windkraft-Potenziale für die Stromgewinnung auch auf Kölner Stadtgebiet aus. Diesen Fakten wollen sich CDU, FDP und konservative Teile der SPD verschließen. Frei nach dem Motto: „Energiewende möglichst nicht vor unserer Haustür“ stecken sie den Kopf in den Sand. Die GRÜNEN wollen hingegen die Energiewende vor Ort voranbringen und darüber die öffentliche Diskussion führen.

Autofrei und Spaß dabei

Den Antrag von „Freund“ Zimmermann nahmen SPD und GRÜNE zum Anlass, konkret zu beschließen, wie autofreie Aktionstage in Köln zukünftig stattfinden können. Die CDU unterstützte ihn, während die FDP mit der Linken dagegen stimmte. Die FDP-Spaßbremsen wollen den Fuß nicht vom Gaspedal nehmen.

Bereits 2008 und 2009 fanden in Köln auf Basis eines rot-grünen Ratsbeschlusses autofreie Sonntage in der City statt. Nun soll die Verwaltung in allen Stadtbezirken – initiiert von Bürgerinitiativen und Vereinen - autofreie Tage unterstützen. Voraussetzung ist, dass sie breit getragen werden, wie z.B. der „Tag des guten Lebens“ in Ehrenfeld und Lindenthal.

Sozialbericht

Sozialdezernentin Henriette Reker erklärte im Rat, dass die Verwaltung in Kürze die Stelle der Sozialplanerin/des Sozialplaners wiederbesetzen wird und dann die Sozialberichterstattung über

Lebenslagen und Integration in Köln wieder aufnimmt. Somit hatte sich der Linke-Antrag „Kölner Sozialbericht erstellen“ erübrigt.

NSU-Terror: Erinnern

Der Beschluss des Integrationsrats vom 20.02.2014 zum 10. Jahrestag der NSU-Terror-Anschläge in Köln fand breite Unterstützung im Rat. Die Verwaltung ist nun aufgefordert, geeignete Vorschläge für ein Mahnen und Erinnern zu entwickeln. Dabei sind die Opfer, Angehörige und Akteure vor Ort einzubeziehen. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt den Beschluss ausdrücklich. Bereits im Frühjahr 2013 hatten die Kölner



Foto: Regina Kobold

GRÜNEN beschlossen, dafür initiativ zu werden und für ein überparteiliches Bündnis zu werben.

Mehr Kostenbewusstsein

„Die Kölner Feuerwehr ist uns sehr lieb, aber oftmals zu teuer.“, erklärte Jörg Frank (GRÜNE) im Rat und appellierte erneut an das Kostenbewusstsein der Verantwortlichen. Ursprünglich sollte die Generalsanierung der Hauptfeuerwehrezentrale in Weidenpesch 20 Mio. Euro kosten. Die Kalkulation war aber unseriös. Nun sollten es 39,38 Mio. Euro sein. Feuerwehrgeneral Guido Kahlen (SPD) musste aber im Finanzausschuss am 10.2. zugeben, dass auch diese Kalkulation nicht mehr taufisch ist. Die GRÜNEN verlangten, die Investitionskosten zu limitieren. Dem folgte der Rat dann mit breiter Mehrheit: Die Investition wurde auf 40,6 Mio. Euro begrenzt. Damit muss die Feuerwehr nun klar kommen. Alle Verwaltungsbereiche müssen sparsam wirtschaften.

Mehr Infos und die Anträge im Wortlaut:

<http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/rat-im-rueckblick-11-februar-2014.html>

Shell-Unfallserie geht weiter

Mehr Sicherheit für Chemieanlagen

Die Shell-Raffinerie Rheinland mit ihren Standorten Wesseling und Godorf kommt nicht aus den Schlagzeilen. Nach dem Kerosinschadensfall in Wesseling, bei dem Anfang 2012 etwa eine Million Liter Kerosin in die Umwelt gelangt waren, gab es diverse weitere Schadensfälle in Godorf.

Am 09.01.2014 brannte nun ein 4.000 m³ großer Toluol-Tank in Godorf. Dabei kamen zwar zum Glück keine Menschen direkt zu Schaden, die dunkle Rauchwolke über dem Kölner Süden verbreitete gleichwohl Angst und Schrecken.

Nach dem jüngsten Ereignis wurden insbesondere der teilweise suboptimale Informationsfluss und die Ergebnisse

anlagen sukzessive auch für Altanlagen nachgerüstet werden. Es kann nicht sein, dass selbst massive Austritte von Erdölprodukten wie bei dem Kerosinschadensfall über mehrere Wochen gar nicht auffallen, weil geeignete Kontrollsysteme an der über 70 Jahre alten Leitung komplett fehlen.

Zu Recht weist der BUND darauf hin, dass die dargestellte Problematik natürlich nicht allein für die Shell gilt. Letztlich geht von allen Produktionsstätten im Kölner Chemiegürtel eine latente Gefährdung für Mensch und Umwelt aus. Die damit verbundenen Risiken können aber durch einen jeweils aktuellen Stand der Technik, ein verantwortliches Management der Anlagenbetreiber und nicht zuletzt



Foto: Shell

der Luftmessungen der Feuerwehr diskutiert. Aus GRÜNER Sicht entscheidend sind aber vor allem die Sicherheit von Chemieanlagen in unmittelbarer Nähe dichter Wohnbebauung und die nötigen technischen Verbesserungen in diesem Bereich.

Bereits der Kerosinschadensfall hat gezeigt, dass ein Kernproblem solcher Altanlagen der Bestandsschutz ist. So gibt es etwa über den Anlagenbestand kein öffentlich einsehbares, vollständiges Kataster, Rohrleitungen sind nicht doppelwandig ausgelegt und nicht mit Leckagekontrollsystemen ausgestattet und auch die Überwachungsstandards für betriebsinterne Verbindungsleitungen sind deutlich niedriger als z.B. für Fernleitungen.

Die GRÜNEN erwarten, dass die jeweils aktuellen Sicherheitsstandards für Neu-

auch durch gut ausgestattete Überwachungsbehörden so weit wie möglich reduziert werden.

Vor allem auch für Köln spannende Erkenntnisse in Sachen Chemie verspricht die 2013 auf Antrag der Landtags-GRÜNEN eingerichtete Enquete-Kommission zur Zukunft der Chemieindustrie in NRW. Diese geht vor allem der Frage nach, wie man die große wirtschaftliche Bedeutung dieser Industrie in NRW verknüpfen kann mit den Herausforderungen des Klimawandels und dem zur Neige gehenden Erdöl einerseits und den Chancen einer effizienten, postfossilen Chemieproduktion, die sich von einem Teil des Problems zu einem Teil der Lösung im Sinne einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Branche entwickeln könnte.

Matthias Welpmann

Justizzentrum

Für einen Neubau des Justizzentrums hatte die Stadt Köln im Dezember 2013 dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) acht geeignete Standorte vorgeschlagen. Das im Eigentum des BLB befindliche Areal der ehemaligen Dombrauerei an der Alteburger Straße favorisierte die Verwaltung nicht. Auch die GRÜNEN halten diesen Standort für ungeeignet. Das vom Rat am 20.9.2012 gebilligte ESIE-Konzept sieht dort ein Wohnquartier und einen Grünzug vor. Nun hat sich der BLB für zwei Standorte ausgesprochen: Das Areal der alten Dombrauerei und ein BLB-Grundstück im hinteren Bereich des derzeitigen Justizzentrums an der Karl-Nipperdey-Straße. Jetzt ist der Stadtrat am Zug.

Schwarzers Klüngel

Noch mehr Ärger droht Alice Schwarzer, die mit ihrer gemeinnützigen Stiftung „Frauenmediaturm“ im mittelalterlichen Bayenturm residiert. Offenbar vermietet sie Räume des Turms gewerblich an Dritte. Dies ist aber nicht zulässig. Nun prüft die Verwaltung das Gebaren der Turmherrin. Von vorherein war das Pachtverhältnis ein Paradebeispiel kölschen Klüngels „auf hohem Niveau“. Im Dezember 2002 war in „Rathaus Ratlos“ Nr. 150 zu lesen: „Pünktlich zu ihrem 60. Geburtstag hat sie es geschafft. Alice Schwarzer darf nun im mittelalterlichen Bayenturm auch die Redaktion ihrer Zeitschrift „Emma“ unterbringen. CDU/FDP und SPD machten ihr im Rat am 14.12. dieses Geschenk. Ein Mietvertrag über das 2. Stockwerk wird nun den Erbbaurechtsvertrag ergänzen. 1989 wurde er für 20 Jahre mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils 20 Jahre von der SPD/CDU-Ratsmehrheit beschlossen. Seitdem beherbergt der vormals öffentlich zugängliche Turm Schwarzers feministisches Archiv. Damals flossen 5,54 Mio DM öffentliche Mittel (70% Land, 30% Stadt) in den Wiederaufbau des Turms ... Schwarzer verfügte über gute Klüngelkontakte zum damaligen Landesvater Rau und der Kölner SPD-Spitze ... Dank CDU/FDP/SPD ist nun auch die gewerbliche Nutzung durch den Emma-Verlag möglich. OB Schramma soll es Schwarzer versprochen haben ...“

Überfällig



Foto: Oliver Mostert

Seit Ende November 2013 sorgt das Gespenst der Kostensteigerung bei den Grabungen der Archäologischen Zone für Wirbel. Und es bleibt gespenstisch. Fakten liegen immer noch nicht vor. Sie wurden nun dem Rechnungsprüfungsausschuss am 13. Februar präsentiert. Sehr spät, denn sie sind überfällig. Statt der vom Rat in 2011 bereitgestellten 2,31 Mio. sind offenbar 7,29 Mio. € für die Grabungen verausgabt worden. Dies fällt in die Amtszeit des früheren Projektleiters Sven Schütte und seines Chefs, dem Ex-Kulturdezernenten Georg Quander. Die GRÜNEN unterstützen die Einschaltung des Rechnungsprüfungsamts zur Aufklärung des Sachverhalts. Rat und Öffentlichkeit erwarten eine rasche und umfassende Information. Da nichts vorlag, musste die am 30. Januar vorgesehene Sonder-sitzung des Unterausschusses Kulturbauten leider abgesagt werden. Die Vorgänge schmälern keinesfalls die Bedeutung dieses einzigartigen Vorhabens, dessen Umsetzung die GRÜNEN weiter vorantreiben und das weit über Köln hinaus Ausstrahlkraft hat. Seine

Bedeutung soll zukünftig stärker als bisher öffentlich gemacht werden. So könnte die Stadt Köln zusammen mit dem Landschaftsverband eine Veranstaltungsreihe durchführen, z.B. über die Bedeutung von Kölner Juden, die das kulturelle Leben in Köln maßgeblich mitgeprägt und zur Identität der Stadt und der Region beigetragen haben. *bb*

Spende verdoppelt



Foto: Regina Kobold

Wie jedes Jahr sammelte die GRÜNE Ratsfraktion auch auf ihrer Weihnachtsfeier wieder Spenden: Dieses Mal für die Unterstützung des geplanten Jüdischen Museums und der Archäologischen Zone. Konkret wird die Spendeninitiative der Bethe-Stiftung unterstützt. Sie fördert mit ihrer Spenden-Kampagne den Bau des Jüdischen Museums, in dem von ihr alle eingehenden Einzelspenden bis zu einer Höhe von 2.000 Euro verdoppelt werden. Auf der grünen Feier zum Jahresabschluss spendeten die Teilnehmenden 1.111 Euro. Die Bethe-Stiftung machte daraus durch ihre Verdopplungsaktion 2.222 Euro.

Die Stiftungsgründer Roswitha und Erich Bethe haben für den Bau des Jüdischen Museums im Rahmen dieser Aktion bis zu 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Sie ist auf ein Jahr befristet. Mitte Oktober 2013 stellten Roswitha Bethe und Ex-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) die Spendenaktion der Öffentlichkeit vor. Die Aktion wurde von Oberbürgermeister Jürgen Roters und zahlreichen Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur unterstützt. Die 1996 gegründete Bethe-Stiftung möchte mit den geförderten Projekten einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Gesellschaft in Richtung Humanität und Toleranz leisten. Einer ihrer Förderungsschwerpunkte ist Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte. Mitten in der Kölner Innenstadt entsteht eine der größten und bedeutendsten archäologischen Zonen Europas. *red*

Autofrei



Foto: Lichtkunst.79 / pixelio.de

Autofrei und Spaß dabei. Die GRÜNEN unterstützen Initiativen für einen „autofreien Sonntag“ in allen Stadtbezirken. Die jüngsten Beschlüsse der Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld sollen vom Rat ausdrücklich begrüßt werden. Dies beantragen GRÜNE und SPD im Rat am 11. Februar. Die Verwaltung soll beauftragt werden, Initiativen auf Basis bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtbezirken für autofreie Sonntage zu unterstützen und dafür die notwendigen Verkehrsmaßnahmen sicherzustellen. Bereits 2008 und 2009 fanden in Köln autofreie Aktionstage an Sonntagen im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität statt, die vom Rat am 29.5.2008 auf rot-grüne Initiative beschlossen wurden. Inzwischen sind in Köln bürgerschaftliche Initiativen entstanden, die unter dem Motto „Tag des guten Lebens“ einen Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit veranstalten. Zahlreiche Kölner Umweltgruppen und Vereine haben sich dazu im Netzwerk Agora zusammengefunden. In den Stadtbezirken Lindenthal und Ehrenfeld sind für den September 2014 autofreie Sonntage in Planung, die durch Beschlüsse der dortigen Bezirksvertretungen unterstützt werden. *jf*



Foto: Oliver Mostert

10. Jahrestag der Anschläge des NSU-Terrors

Mahnen und Erinnern

Die rechtsextreme NSU verübte in Köln 2001 in der Probsteigasse und 2004 in der Mülheimer Keupstraße Terroranschläge. Beim Anschlag in der Mülheimer Keupstraße wurden 23 Menschen verletzt. Die jahrelang fehlgesteuerten Ermittlungen führten auch dazu, dass die Gefahren durch rechtsterroristische Gewalttaten öffentlich zu wenig wahrgenommen und unterschätzt wurden. Zum zehnten Jahrestag der Anschläge in der Keupstraße formiert sich nun ein breites Bündnis, das sich für die Errichtung eines Mahnmales „zur Erinnerung und Verurteilung der rechtsterroristischen NSU-Anschläge vom 19. Januar 2001 in der Probsteigasse und vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße“ einsetzt.

Bereits die Mitgliederversammlung der GRÜNEN Köln hatte im Frühjahr 2013 eine Initiative für ein Mahnmal beschlossen. Ort und Gestaltung sollen dabei in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren der Stadtgesellschaft erarbeitet werden.

Der Integrationsrat beschloss nun am 20. Januar eine Initiative für ein „angemessenes Gedenken an die Anschläge“. Unter Einbeziehung der Opfer, ihrer Angehörigen, der relevanten Akteure vor Ort und in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum soll eine angemessene Form des Erinnerns und Mahnens und der Auseinandersetzung mit Rassismus erarbeitet werden. Er richtet sich mit seinem Beschluss an den Stadtrat.

Dabei bezieht sich der Integrationsrat auch auf ein gemeinsames Schreiben an den Oberbürgermeister und die demokratischen Ratsfraktionen von Peter Liebermann, Vorsitzender des Vereins ELDEHaus, Andreas Kossiski, DGB-Chef und Repräsentant von „Köln stellt sich

quer“ sowie Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Darin fordern sie Rat und Verwaltung auf, geeignete Vorschläge für ein Mahnen und Erinnern zu entwickeln. Diese sollen sich nicht nur auf die Anschläge beziehen, sondern auch die sich anschließenden gesellschaftlichen Mechanismen von Diskriminierung, Vorurteilen und Rassismus behandeln.



Foto: Oliver Mostert

Bis zum 10. Jahrestag der Anschläge im Juni 2014 sollen erste Schritte zur Umsetzung auf den Weg gebracht werden. So soll Köln ein Signal setzen, dass sich eine breite Mehrheit ihrer Verantwortung stellt, gemeinsam gegen Rassismus und Gewalt, für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und friedliches Miteinander aufzustehen. Für den 8. und 9. Juni sind in Mülheim eine Tagung zu rechter Gewalt im E-Werk, ein Straßenfest in der Keupstraße und ein Gedenkkonzert auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs in Vorbereitung. Die Aktion steht unter dem Motto „Birlikte“. Das türkische Wort steht für „Zusammen“ oder „Schulter an Schulter“. *Brigitta von Bülow*

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Jörg Frank (jf), Marion Heuser (mh), Ignatz Igel (ii), Barbara Moritz (bm), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.02.2014
Die nächste Ausgabe erscheint am 08.04.2014

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de

Technische Realisation: Regina Kobold

E-Mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Bauen:

Finanzen:

Frauen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Queer-AK:

Gerd Brust

Jörg Frank

Kirsten Reinhardt

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

Andreas Wolter

& Elke Hausner

ABO?
Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**

2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Alexander Zeig

Neue Hoffnung für Porz-Mitte

Für das Zentrum von Porz bestehen gute Chancen für eine Wiederbelebung als Quartier mit Einzelhandel, Dienstleistungen und Wohnen. Das Wirtschaftsdezernat verhandelt mit dem Insolvenzverwalter Mogos-Lindemann von CR Investment Management über das seit Jahren leer stehende Hertie-Gebäude. Die Stadt würde die Immobilie kaufen, um dann eine städtebauliche Aufwertung einleiten und vor allem auch steuern zu können. Das Gebäude verfällt zusehends und hat eine negative Ausstrahlung auf die Gesamtumgebung. Im Juli 2013 hat der Stadtentwicklungsausschuss die Verwaltung mit einem städtebaulichen Gutachterverfahren beauftragt. Ein wichtiges Ziel ist eine Durchmischung der Nutzungen. Dies schließt einen interessanten Branchenmix für den Einzelhandel ein. So könnte die Porzer Innenstadt wieder attraktiver werden. Das aktuelle städtische Einzelhandelskonzept

weist für Porz einen Bedarf aus. Inzwischen werden auch weitere Nutzungsmöglichkeiten öffentlich diskutiert. So könnte das Bezirksrathaus in das ehemalige Kaufhaus verlagert und das dann freierwerbende Rathausgrundstück für Wohnungsbau genutzt und veräußert werden. Der Hertie-Komplex sollte durch eine städtische Entwicklungsgesellschaft revitalisiert werden. Alle demokratischen Kräfte im Rat sind sich einig, ein Verhandlungsergebnis mit einem haushaltsrechtlich verantwortbaren Kaufpreis für den Gebäudekauf zu billigen. Bevor aber die Verhandlungen nicht positiv abgeschlossen sind, gefährden zu viele öffentliche Spekulationen einen Verhandlungserfolg. Die GRÜNEN im Rat und in Porz unterstützen die Wiederbelebung der Porzer Mitte. Für die Ratssitzung am 8. April wird eine Entscheidung angestrebt. *jf*

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein hatte letztes Jahr Geburtstag. 125 Jahre wurde der Verein alt. Die Honoratioren aus dem städtischen Leben fanden wohlmeinende Worte. Viele lobten das besondere Engagement des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Hanns Schaefer für den Städtebau. Die grüne Fraktionsvorsitzende Barbara Moritz appellierte: „Unsere Stadt braucht auch heute die privaten Haus- und Grundeigentümer, um die Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu bewältigen. Wie damals müssen Private, Verwaltung und Politik an dem Ziel der Prosperität der Stadt Hand in Hand zum Wohle der Einzelnen, aber auch der gesamten Stadtgesellschaft zusammenarbeiten.“

Dem kann man nur beipflichten. Doch die politische Realität ist leider eine andere. Da führt sich der amtierende Haus- und Grundchef Konrad Adenauer seit seinem Amtsantritt eher pubertär auf – auch wenn der Verein 125 Jahre auf dem Buckel hat.

So polemisierte er kürzlich in seiner Vereinspostille gegen die wohnungspolitischen Beschlüsse des Rates, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Entstehung von Ghettos zu vermeiden. Bekanntlich subventioniert die Stadt den Grundstückskauf für öffentlich-geförderten Wohnungsbau auch in „besseren“ Vierteln. Das ist gut für die soziale Mischung in teuren Vierteln. Aber nicht für Adenauer: „Um der Wohnungsknappheit gegenzusteuern, muss man gute Viertel nicht künstlich ‚aufmischen‘“. Aber der rot-grünen Ratsmehrheit ginge es gar nicht ums Soziale. Adenauer versteigt sich zu der verwegenen These, Rot-Grün wolle „Stimmbezirke für künftige Wahlen durchmischen, um bessere Ergebnisse für sich zu erzielen... das sind solche, in denen CDU, FDP und AfD Hochburgen haben.“

Einem Verein, der solch einen Vorsitzenden hat, kann man wirklich nur noch „Alles Gute“ wünschen.

Termine

Mittwoch, 5. März, 13.30 Uhr

Jeck auf GRÜN

Politischer Aschermittwoch mit Cem Özdemir und Özgür Cebe
Comedia Theater, Vondelstr. 4

Freitag, 14. März, 11 Uhr

Grüne Stadt der Zukunft

Kongress der grünen Landtagsfraktion
Landtag NRW, Düsseldorf

Samstag, 29. März, 19 Uhr

30 Jahre GRÜNE in Köln

Rückblick, Ausblick, Feiern
Bürgerzentrum Stollwerck, Dreikönigenstr. 23

Dienstag, 8. April, 15.30 Uhr

Ratssitzung

Rathaus, spanischer Bau